

## Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	13
<b>Einleitung</b>	17
<b>1. Teil: Vermögensauseinandersetzung außerhalb des Güterrechts bei Scheidung der Ehe im deutschen Recht</b>	27
Kapitel I: Das deutsche „Nebengüterrecht“ als Richterrecht	27
§ 1 Ausgleichsinstrumente der Rechtsprechung	28
I. Konkludente Ehegatteninnengesellschaft	28
II. Wegfall der Geschäftsgrundlage einer ehebezogenen Zuwendung	31
III. Wegfall der Geschäftsgrundlage eines familienrechtlichen Kooperationsvertrags	34
§ 2 Verhältnis der Ausgleichsinstrumente zum Güterrecht	35
I. Gütergemeinschaft	37
II. Gütertrennung	38
III. Zugewinngemeinschaft	40
IV. Ergebnis: Güterstandübergreifender Anwendungsbereich	42
§ 3 Anhaltende Kritik an der Rechtsprechungspraxis	43
I. Fiktion eines Vertragsschlusses	43
II. Überschreiten der Befugnis zur richterlichen Rechtsfortbildung	44
III. Sachgrundlose Diversifikation in verschiedene Anspruchsgrundlagen	44
IV. Unterschiedliche Lösungsansätze	48
Kapitel II: Auswirkungen der EuGüVO auf die nebengüterrechtlichen Ansprüche	50
§ 1 Anwendungsbereich der EuGüVO	51

*Inhaltsverzeichnis*

§ 2 Überschreitung der Gesetzgebungskompetenz der EU durch Art. 25 EuGüVO	56
§ 3 Auslandsbezug als ungeschriebene Anwendungsvoraussetzung des Art. 25 EuGüVO	60
§ 4 Der Vereinbarungsbegriff der EuGüVO	61
§ 5 Zweckmäßigkeit der teleologischen Einschränkung von Art. 25 EuGüVO	64
§ 6 Auswirkungen der Formnichtigkeit	69
§ 7 Ergebnis: Kein zwingender Handlungsbedarf des Gesetzgebers	72
 Kapitel III: Geschäftsgrundlage der familienrechtlichen Verträge sui generis	
§ 1 Rechtsprechung des 10. BGH-Senats	75
§ 2 Reichweite dieser Rechtsprechung	77
§ 3 Berechtigte Kritik	80
§ 4 Versuch einer Begrenzung der Geschäftsgrundlagenlösung	85
 Kapitel IV: Der Ausgleichsanspruch in Geld als Form der Vertragsanpassung	
§ 1 Beschränkung des Anspruchs der Höhe nach	88
I. Begrenzung auf noch vorhandene Vermögensmehrung	89
II. Begrenzung auf Wert der Zuwendung oder Arbeitsleistung – kein Ausgleich von Wertsteigerungen	91
III. Kein Ausgleich von Nutzungen	104
IV. Begrenzung auf fiktiven Zugewinnausgleichsanspruch	109
V. Scheitern der Ehe als entscheidender Zeitpunkt zur Bestimmung der Anspruchshöhe	112
§ 2 Anspruchsreduzierung durch Zeitablauf bzw. Abschlag wegen Zweckerreichung	115
I. Anknüpfung an die verjährungsrechtlichen Vorschriften	118
II. Übertragung der Rechtsprechung zur kurzen Ehedauer gemäß § 1579 Nr. 1 BGB	118
III. Statistische Ehedauer als Höchstgrenze	120
IV. Abschlag nach Nutzungsvorteil oder Restnutzdauer	120

## *Inhaltsverzeichnis*

V. Zeitlich gestaffelte Abschreibung	123
VI. Zeitliche Höchstdauer von 30 Jahren	123
VII. Obergrenze einer Rückforderungsmöglichkeit von 20 Jahren	125
VIII. Wertentscheidungen der §§ 529 Abs. 1, 1375 Abs. 3, 2325 Abs. 3 S. 2 BGB	127
IX. Lineare Abschreibung anhand verbleibender Lebensjahre ggf. mit Obergrenze der wirtschaftlichen Erschöpfung	133
X. Ergebnis: Differenzierte Betrachtung	137
§ 3 Sonstige Kriterien	138
I. Alter der Parteien	139
II. Art und Umfang der Leistungen	140
III. Einkommens- und Vermögensverhältnisse	140
IV. Berücksichtigung eigener Aufwendungen	143
§ 4 Problemfall dingliche Rückgewähr	144
§ 5 Ergebnis: Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls als Billigkeitslösung	146
<b>2. Teil: Das schweizerische Recht</b>	147
Kapitel I: Vom Richterrecht zu gesetzlichen Ansprüchen sui generis	147
§ 1 Defizitäres eheliches Güterrecht von 1907	148
§ 2 Korrekturen der Rechtsprechung aus Gründen der Billigkeit	154
I. Entschädigung für Ehegattenmitarbeit	154
II. Rückabwicklung von Leistungen aus Einkommen oder Vermögen	159
III. Rückabwicklung von Schenkungen unter Ehegatten bei Ehescheidung	162
IV. Ergebnis: Einschränkung des Nichtausgleichsgrundsatzes zur Vermeidung unbilliger Ergebnisse	165
§ 3 Reformvorschläge der Literatur und Ansatz der Ehrechtsreform	166

*Inhaltsverzeichnis*

Kapitel II: Außergüterrechtliche Entschädigung für außerordentliche Beiträge eines Ehegatten nach Art. 165 ZGB	174
§ 1 Normzweck und Rechtsnatur des Art. 165 ZGB	174
§ 2 Voraussetzungen des Art. 165 ZGB	177
I. Erhebliche oder bedeutende Mehrleistung	177
II. Mitarbeit im Beruf oder Gewerbe (Abs. 1)	178
III. Mehrleistung aus Einkommen oder Vermögen (Abs. 2)	181
IV. Subsidiaritätsgrundsatz (Abs. 3)	184
1. Arbeitsvertrag	186
2. Darlehensvertrag	189
3. Gesellschaftsvertrag	192
4. Schenkung	197
5. Sonstige Rechtsverhältnisse zwischen den Ehegatten	199
6. Ergebnis: Entschädigungsvermutung für bedeutende, objektiv unentgeltliche Leistungen unter Ehegatten	200
§ 3 Bemessung der Entschädigung	201
I. Art und Umfang der außerordentlichen Beiträge als Grundlage der Anspruchsbemessung	203
II. Mit der Mehrleistung verbundene Vor- und Nachteile	205
III. Persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse	207
IV. Ergebnis: Eheindividueller Billigkeitsausgleich	209
§ 4 Verhältnis der Entschädigung zum Bereicherungsrecht	210
§ 5 Verhältnis der Entschädigung zum ehelichen Güter- und Unterhaltsrecht	211
§ 6 Geltendmachung und Durchsetzung des Anspruchs	215
§ 7 Art. 165 ZGB und § 1360b BGB im Vergleich: Billigkeitsanspruch versus Rückforderungsausschluss	217
Kapitel III: Güterrechtliche Mehrwertbeteiligung nach Art. 206 ZGB	226
§ 1 Anwendungsbereich und Normzweck von Art. 206 ZGB	226
§ 2 Rechtsnatur der Mehrwertbeteiligung	232

## *Inhaltsverzeichnis*

§ 3 Voraussetzungen der Mehrwertbeteiligung	234
I. Beitrag in einen Vermögensgegenstand des anderen Ehegatten	234
II. Fehlen einer Gegenleistung oder Schenkungsabsicht	236
III. Kein Ausschluss der Mehrwertbeteiligung	239
§ 4 Eintritt eines Mehrwerts oder eines Minderwerts	240
§ 5 Fälligkeit, Veräußerung des Vermögensgegenstands und Rückzahlbarkeit	244
§ 6 Massezuordnung der Mehrwertbeteiligung	245
§ 7 Ergebnis: Differenzierte Sichtweise zulasten der Praktikabilität	246
 Kapitel IV: Auflösung von Miteigentum unter Ehegatten	251
§ 1 Zuweisung gegen Entschädigung	251
§ 2 Ungleiche Beiträge der Ehegatten	255
§ 3 Art. 205 Abs. 2 ZGB und § 1383 BGB im Vergleich: Billigkeitsentscheidung versus Anrechnungsvorschrift	258
 Kapitel V: Gesamtfazit zum schweizerischen Recht	266
 <b>3. Teil: <i>De lege ferenda</i></b>	271
 Kapitel I: Vorschläge der Reformkommission des DFGT	271
§ 1 Gesetzliche Normierung des „Nebengüterrechts“	271
I. Normierung eines Ausgleichs nach Leistungen besonderer Art in § 1588a BGB	273
II. Ergänzung der Zugewinnausgleichsregelung des § 1378 BGB	281
III. Ergebnis: Kein Mehrwert gegenüber der Geschäftsgrundlagenlösung	291
§ 2 Ausklammerung eheneutraler Wertveränderungen aus dem Zugewinnausgleich	293
§ 3 Neufassung der Übertragung von Vermögensgegenständen	310

*Inhaltsverzeichnis*

Kapitel II: Zusammenfassung der Ergebnisse – zugleich eine kritische Stellungnahme	316
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>329</b>